

Klausurtagung der CDU-Fraktion am 16./17.02.2013

Die CDU-Fraktion hat am vergangenen Wochenende (16./17.02.2013) in einer zweitägigen Klausurtagung in Wegberg schwerpunktmäßig den Haushaltsentwurf 2013 beraten und sich im übrigen mit weiteren Sachthemen beschäftigt.

Haushaltsslage

Die Haushalte der Kommunen stecken seit Jahren in einer tiefen Krise. Die Mehrzahl der Städte und Kommunen befinden sich in der Haushaltssicherung oder gar in Nothaushalten. Kempen kommt noch einmal mit einem „blauen Auge“ davon. Mit dem Haushaltsentwurf schlittert Kempen im Haushaltsjahr 2013 und im Planungszeitraum bis 2016 gerade noch einmal an der Haushaltssicherung vorbei.

Unser Haushalt ist zwar ausgeglichen, allerdings nur durch **Verzehr unserer Ausgleichsrücklage**. Von einem **originären** Haushaltsausgleich, also der Deckung der Ausgaben durch die tatsächlichen Einnahmen sind wir meilenweit entfernt.

Dennoch ist die Krise beherrschbar, wenn wir weiterhin an unserem eingeschlagenen Sparkurs bedingungslos festhalten, solide wirtschaften, Entscheidungen mit Weitsicht und dem Aspekt der Nachhaltigkeit treffen.

Die **CDU-Fraktion stellt sich der Verantwortung**, auch in der Pflicht gegenüber nachfolgenden Generationen.

Der Haushalt weist für den Finanzplanungszeitraum bis 2016 eine Deckungslücke von mehr als 11 Mio EUR aus.

Die Haushaltslücke ist gigantisch und besorgniserregend, sie kommt aber **nicht überraschend**.

Sie zeichnete sich bereits im letzten Doppelhaushalt 2011/2012, spätestens aber im Nachtragshaushalt, der im September 2012 verabschiedet worden ist, ab.

Ursächlich für die sich verschlechterte Haushaltsslage sind im wesentlichen Faktoren, die **nicht kommunal beeinflussbar** sind.

Den Einnahmen in 2013 in Höhe von ca. 86 Mio EUR stehen Ausgaben mit einem Volumen von ca. 90 Mio EUR gegenüber. **Die Deckungslücke beträgt 4 Mio EUR.**

Die Ausgaben liegen zwar deutlich über den Einnahmen, dennoch haben wir **kein** „Ausgabenproblem“, sondern ein „**Deckungsproblem**“.

Von einem „Ausgabenproblem“ können wir nach unserer Auffassung nur dann sprechen, wenn wir erkennbar über unsere Verhältnisse leben und wirtschaften. Dies geht schon deshalb nicht, weil die Deckungslücke weit über der Gesamtsumme aller freiwilligen Ausgaben liegt.

Von den Ausgaben in Höhe von **90 Mio EUR** sind **weniger als 2%** von uns kommunal beeinflussbar, in der Summe nur **1,7 Mio EUR**.

Alle anderen Ausgaben resultieren aus gesetzlichen Verpflichtungen, langfristigen vertraglichen Bindungen oder von Bund oder Land vorgegebenen oder zumindest empfohlenen Aufgaben.

Dies bedeutet, dass bei einem Verzicht auf alle freiwilligen Leistungen, Streichung von allen Zuschüssen, Schließung von Jugendtreffs etc. immer noch eine Deckungslücke von 2.3 Mio EUR verbleibt.

Eine der Hauptursachen des Deckungsproblems liegt in der **mangelnden Konnexität** begründet. Bund und Land wälzen in zunehmenden Maße Kosten auf die Kommunen ab. Das macht wütend und führt zur Ohnmacht der Kommunen.

Beispiele:

- Die vom Land NRW verkündete Beitragsfreiheit im 3. Kindergartenjahr ist im Grundsatz zu begrüßen. Das Land verschweigt aber, dass die Kommunen eine große Last der Beitragsfreiheit zu tragen haben. Den Kempener Haushalt belastet die Beitragsfreiheit mit deutlich über 100.000.—EUR jährlich.
- Zur Inklusion hat die Schulministerin bereits erklärt, dass es sich um eine kommunale Aufgabe handele, Kosten für notwendige Umbauarbeiten an den Schulen und ergänzende sächliche Kosten können nicht vom Land getragen werden. Die Größenordnung ist uns noch nicht bekannt, dürfte aber schnell in den 6stelligen Bereich wachsen.
- Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz belastet den städtischen Haushalt mit 3,8 Mio EUR.

Die CDU-Fraktion ist **nicht** bereit, zur Deckung der nicht zu verantwortenden Mehrkosten auf freiwillige Leistungen zu verzichten.

In einer sehr intensiven Sparrunde zum Doppelhaushalt 2011/2012 sind alle beeinflussbaren Haushaltsstellen auf Einnahmeverbesserungen oder Ausgabekürzungen untersucht worden.

Die Arbeitsgruppe hat erkennen müssen, dass Grenzen erreicht sind und der Haushalt keinen weiteren Gestaltungsspielraum mehr zulässt, wenn man die Substanz und die Infrastruktur erhalten will.

Die CDU-Fraktion hält an ihrem bereits **eingeschlagenen Sparkurs** fest, lehnt auch weiterhin Eingriffe in die über Jahre und Jahrzehnte gewachsene gute Infrastruktur Kempens ab.

Eine pauschale lineare Kürzung aller Ausgabestellen lehnen wir ab, da sie nicht ziel führend ist. Über 98% aller Ausgabestellen beruhen auf gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen, sie sind also nicht veränderbar.

Eine 1%ige Kürzung der veränderbaren Positionen bringt einen Betrag von lediglich 17.000.—EUR. Angesichte der Deckungslücke von 4 Mio EUR würde man die Einsparung überhaupt nicht wahrnehmen.

Eine **spürbare Ausgabenkürzung** würde zudem unweigerlich zur Aufgabe von Einrichtungen oder vollständigen Streichung von Leistungen führen. Die Schließung einer Sporteinrichtung, eines Jugendtreff, der Stadtbibliothek oder einer soziale Einrichtung ist mit uns ebenso wenig machbar wie drastische Kürzungen oder Streichungen der Zuschüsse an Vereine und Verbände.

Solche Maßnahmen führen zu irreparablen Schäden.

Bei allen Sparzwängen muss unsere Stadt für unsere Bürger attraktiv und einladend bleiben.

Ein Kaputtsparen wird es mit uns auch künftig nicht geben.

Im Gegenteil, wir halten an unseren Schwerpunkten fest. Wir wollen, dass Kempen eine familienfreundliche Stadt bleibt. Wir stimmen daher der Errichtung einer weiteren Gruppe der Offenen Ganztageschule an der Regenbogenschule zu.

Wir vertrauen im Übrigen darauf, dass alle Ämter –wie bisher- verantwortungsbewusst, sparsam, wirtschaftlich und nachhaltig mit ihren finanziellen, sächlichen und personellen Ressourcen umgehen.

Wenn unser Haushalt ein Deckungsproblem hat, muss es gestattet sein, die Deckungslücke durch **zumutbare Einnahmeverbesserungen** zu schließen.

Auch die CDU bekennt sich nur ungern zu Steuererhöhungen. Ein solcher Schritt ist aber zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unabweisbar und im Vergleich zur ansonsten drohenden Haushaltssicherung mit einschneidenden Leistungskürzungen der richtigere Weg.

Die Gemeindeordnung schreibt zudem vor, dass Ausgaben u.a. aus Steuereinnahmen zu decken sind.

Die **Steuererhöhung** um jeweils **20 Prozentpunkte** bei der **Grund- und Gewerbesteuer** und **10 Punkte** bei der **Grundsteuer A** (Landwirtschaft) kommt **nicht über-**

raschend. Bereits im letzten Doppelhaushalt 2011/2012 hat der Kämmerer bei der Aufstellung der Finanzplanung die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer eingeplant.

Alle Fraktionen haben seinerzeit dem Haushalt und der Finanzplanung zugestimmt. Auch die CDU hat seinerzeit erklärt, zu dieser eingeplanten Steuererhöhung zu stehen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht spürbar positiv verändern. Diese Einschränkung hat sich leider nicht realisiert, die Veränderung ist eine noch schlechtere Situation.

Die **Steuererhöhung** im vorgenannten Rahmen ist aus unserer Sicht **vertretbar** und **zumutbar**.

20 Prozentpunkte machen eine reale Steuererhöhung nach 2 Jahren um unter 5% aus. Betrachtet man den Zeitraum seit der vorletzten Erhöhung in 2007, dann liegt die **reale Erhöhung unter 1% jährlich**, also deutlich **unter der Inflationsgrenze**.

Im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben allein durch Preissteigerungen, Tarifabschlüsse, Anstieg der Energiekosten deutlich angestiegen.

Die **Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben** klafft immer weiter auseinander, wenn wir nicht zu einem Ausgleich bereit sind.

Die Steuererhöhung ist u.E. auch **zumutbar**.

Beispiel:

Die Steuererhöhung für ein Unternehmen mit einem Reinertrag von ca. 100.000.—EUR zahlt nach der Steuererhöhung **monatlich ca. 50.—EUR** mehr an Gewerbesteuer. In den meisten Fällen **verringert** sich in fast gleicher Höhe die zu zahlende **Einkommenssteuer**.

Ebenso verhält es sich bei der Grundsteuer.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte führt bei einem Einfamilienhausgrundstück zu einer **jährlichen Mehrbelastung von 10.—bis 15.—EUR**.

Die Steuererhöhung ist vielleicht unpopulär, aber gerecht, sie verteilt die Last in zumutbarer Höhe auf viele Schultern. Gleichzeitig bewahren und **sichern** wir mit einer solchen Maßnahme das **Leistungsangebot** und die **Lebensqualität** für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibenden in Kempen.

Falls die Steuererhöhung nicht umgesetzt wird, erhöht sich die Deckungslücke in diesem Jahr um weitere 1,5 Mio EUR, im Planungszeitraum um ca. 6 Mio EUR.

Die **Haushaltssicherung** würde sich **nicht** mehr vermeiden lassen.

Eine der ersten Maßnahmen würde sicherlich die Weisung der Kommunalaufsicht sein, Steuern zu erhöhen!

Zu einzelnen Positionen im Haushalt oder bekannt gewordenen Forderungen:

Eine generelle **Verwaltungsstrukturuntersuchung** mit dem Ziel einer möglichen Verwaltungsverschlinkung und Einsparung von Personal lehnen wir ab.

Die Verwaltung wird in regelmäßigen Abständen von der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW, einem externen Büro, auf Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Sparsamkeit untersucht. Die Prüfungen sind gesetzlich vorgeschrieben. Wir erwarten die nächste Prüfung im laufenden Haushaltsjahr. Kosten für diese Pflichtprüfung sind mit 80.000.— EUR im Haushalt eingestellt.

Eine weitere umfassende Prüfung durch einen externen Gutachter würde nach unserer Kenntnis mindestens 150.000.—bis 200.000.—EUR kosten und die Verwaltungsarbeit über mindestens 1 Jahr belasten.

Aus anderen Städten oder von anderen Behörden wissen wir, dass die Ergebnisse für die Auftraggeber unbefriedigend oder nicht umzusetzen waren.

Wir sind der Auffassung, dass die Ergebnisse der kommenden GPA-Prüfung abzuwarten sind. Sollten sich im Prüfbericht für einzelne Fachbereiche Verbesserungsvorschläge andeuten, so tritt auch die CDU-Fraktion für eine sich umgehend anschließende ergänzende externe Prüfung des betroffenen Fachbereichs ein.

Stellenplan / Personalhaushalt

Die CDU-Fraktion hat sich bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen in einer eintägigen Klausur im November intensiv mit dem Stellenplan auseinandergesetzt.

Wir haben festgestellt, dass in den letzten 10 Jahren trotz erheblicher Aufgabenzuwächse bereits Stellen in der Verwaltung **eingespart** worden sind.

Die **Stellenzuwächse** gehen fast ausschließlich auf den Personalbedarf in der Kinderbetreuung, den Rettungsdienst und sonstige notwendige Fachdienste zurück.

Jede weitere Personaleinsparung muss unweigerlich zu Leistungseinschränkungen führen. **Bürgernähe** der Verwaltung und eine **serviceorientierte Verwaltung** sind uns wichtiger, als Servicestellen zu schließen und Sprechzeiten zu verkürzen, um Personal einzusparen.

Das gilt in besonderem Maße für den **Baubetriebshof**.

Die Mitarbeiter des Baubetriebshofes stellen aus unserer Sicht die „**Kempener Schnelleingreiftruppe**“ dar, auf die jederzeit verlässlich zurückgegriffen werden kann, mit qualifizierten Mitarbeitern aus vielen Fachrichtungen. Sie verrichten vielfältige Aufgaben ohne Wartezeiten, ob bei Reparaturen, Straßenausbesserungen oder im Winterdienst.

Die CDU-Fraktion wird willkürliche Personaleinsparungen nicht mittragen.

Kunstrasenplatz

Es ist auf dem ersten Blick angesichts der Haushaltslage schwer vermittelbar, einen Kunstrasenplatz zu finanzieren. Ein Kunstrasenplatz fällt aber u.E. auch nicht in die Kategorie „Luxus“.

Es ist ungemein wichtig, unser Vermögen durch regelmäßige Sanierungen wertmäßig zu erhalten.

Die Tenne ist zu erneuern. Wir sind bereit, neben den bereits veranschlagten Mitteln für 2013 in Höhe von 300.000.—EUR (Kosten einer Tennenerneuerung) weitere Mittel in Höhe von 170.000.—EUR in den Haushalt 2014 einzustellen und somit die Voraussetzungen für die Errichtung eines Kunstrasenplatz zu schaffen.

Die Kosten liegen bei unbestrittenen 620.000.—EUR. Wir stellen damit 470.000.—EUR aus öffentlichen Mitteln bereit. Wenn der Verein die restlichen Mittel in Höhe von 150.000.—EUR über Sponsoren oder Muskelkraft beibringt, kann mit dem Bau des Kunstrasenplatzes begonnen werden. Wir halten die Beteiligung des Vereins aus Gründen der Gleichbehandlung aller Vereine für wichtig. Auch unter dem Gesichtspunkt der Eigenverantwortung für den Platz erscheint uns eine zumutbare Eigenbeteiligung richtig.

Planungskosten / Erschließungskosten

Im Haushalt sind **Erschließungskosten** für die neue **Seniorenwohnanlage in St. Hubert am Beyertzhof** in Höhe von 130.000 und für Ausgleichsmaßnahmen bzw. Wegebau in Höhe von 40.000 für den **Netto-Neubau in Tönisberg** enthalten.

Wir begrüßen nachdrücklich beide Ansätze, da wir für eine zügige Umsetzung der Baumaßnahmen eintreten.

Wir haben keine Zweifel daran, dass mit dem Bau des **Netto-Marktes** in Tönisberg im **Sommer** begonnen werden kann. Wir gehen auch davon aus, dass die Bauarbeiten für die **Seniorenwohnanlage** in St. Hubert im **Herbst** in Angriff genommen werden. Die Nachfrage nach Heimplätzen in dieser Anlage ist schon jetzt groß.

Auskiesung Königshütte

Die CDU-Fraktion begrüßt die Einstellung von Planungskosten (50.000 EUR) für das Projekt „Königshütte“.

Wir treten dafür ein, dass nach der jetzt abgeschlossenen Auskiesung an der Königshütte zügig in die Renaturierung und Umwandlung eingetreten wird.

Die Wasserfläche des Baggersees ist für den Wassersport, der Uferbereich für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, der Segel- und Surfclub sollte dort eine dauerhafte Bleibe finden.

Wir halten auch weiterhin diese Fläche als Standort eines Hotels mit Gastronomiebetrieb für sehr geeignet und werden jede Maßnahme, die ein solches Vorhaben anstrebt, unterstützen.

Weiterentwicklung von Wohnbau- und Gewerbeflächen

Die CDU Fraktion tritt für eine zügige Erschließung und Planung von weiteren Wohnbau- und Gewerbeflächen ein. Wir brauchen neue Baugebiete, um die mit viel Geld aufgebaute gute Infrastruktur unserer Stadt erhalten zu können und dem prognostizierten demografischen Wandel / Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Dies gilt für die zügige Erweiterung des Baugebietes an der Kreuzkapelle ebenso wie die Aufnahme von Planungen weiterer Wohnbaugebiete in St. Hubert.

Das Gewerbegebiet am Krefelder Weg ist zügig zu erschließen.

Altengerechte und bezahlbare Wohnungen

Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, zentrennah altengerechte und bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Wir wissen, dass die kommunalen Möglichkeiten eingeschränkt sind. Dennoch wird die CDU-Fraktion die Verwaltung bitten, ein Konzept zu erstellen und kommunale Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Klimaschutz

Die CDU-Fraktion tritt für Klimaschutzmaßnahmen auch auf lokaler Ebene ein. Wir stellen uns den Aufgaben des Klimaschutzes da, wo sich direkte kommunale Handlungsmöglichkeiten ergeben.

Einen vorliegenden Antrag , Mittel in Höhe von 50.000.—EUR für die Erstellung eines lokales Klimaschutzkonzept in den Haushalt einzustellen, tragen wird nicht mit.

Das Geld für die Erstellung eines Gutachtens (50.000.-- EUR) sollte u.E. unmittelbar in nachhaltige Maßnahmen investiert werden, statt in bedrucktem Papier.

Vorschläge der BürgerInnen zum Haushalt

Die CDU ist offen für Vorschläge aus der Bürgerschaft.

Vorschläge zur Haushaltsverbesserung (Erhöhung der Einnahmen / Verringerung der Ausgaben / sonstige Ideen) können über die Internetseite www.cdu-kempen.de eingebracht werden.

Wilfried Bogedain

Vorsitzender der CDU-Fraktion